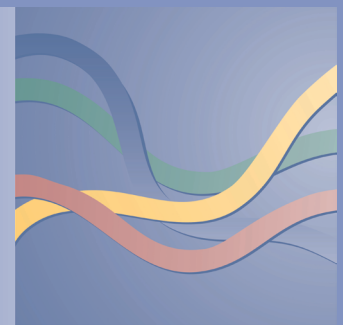


GESAMTWIRTSCHAFTLICHE PROGNOSE der OeNB für Österreich 2022 bis 2025

Nur milde Rezession zum Jahreswechsel
trotz hoher Energiepreise



Nur milde Rezession zum Jahreswechsel trotz hoher Energiepreise

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2022 bis 2025 vom Dezember 2022

Friedrich Fritzer, Doris Prammer, Martin Schneider, Richard Sellner und Alfred Stiglbauer¹

Redaktionsschluss: 30. November 2022

Im Jahr 2022 war die Wirtschaftsentwicklung in Österreich zweigeteilt. Das erste Halbjahr war noch stark von coronabedingten Aufholprozessen geprägt, während die zweite Jahreshälfte aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der hohen Inflation deutlich schwächer ausfällt. Für das Gesamtjahr 2022 ergibt sich in Summe noch ein sehr kräftiges Wirtschaftswachstum von 4,9 %. Über den Jahreswechsel 2022/23 wird jedoch mit einer technischen Rezession, d.h. zwei aufeinanderfolgende Quartale mit negativem Wachstum, gerechnet. Im Verlauf des Jahres 2023 erholt sich die internationale Konjunktur nur zögerlich und die Inflation bleibt vergleichsweise hoch. Das Wirtschaftswachstum wird 2023 daher mit 0,6 % nur schwach positiv ausfallen. Für das Jahr 2024 wird eine deutliche Erholung der globalen Konjunktur und ein Nachlassen des Inflationsdrucks erwartet. Vor diesem Hintergrund führt die verzögerte Inflationsabgeltung zu einem kräftigen Anstieg der Reallöhne und einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 1,7 %. Der Arbeitsmarkt ist von einem anhaltenden Arbeitskräftemangel gekennzeichnet. Daher wird trotz der milden Rezession zum Jahreswechsel nur mit einem geringen Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahr 2023 auf 6,6 % gerechnet, gefolgt von einem Rückgang auf 6,5 % im Jahr 2024. Die Inflation laut HPVI erreicht im Jahr 2022 – getrieben von den Energiepreisen – mit 8,6 % ihren Höhepunkt. Infolge rückläufiger Rohstoff- und Energiepreise wird sich der Preisauftrieb im Jahr 2023 auf 6,5 % verlangsamen und in den Jahren 2024 und 2025 weiter auf 3,6 % bzw. 2,9 % zurückgehen. Die Inflation bleibt damit auch mittelfristig deutlich über ihrem

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2022

	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Bruttoinlandsprodukt	4,7	4,9	0,6	1,7	1,6
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	2,8	8,6	6,5	3,6	2,9
Arbeitslosenquote gemäß AMS (in %)	8,0	6,3	6,6	6,5	6,3
	in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanzsaldo	0,4	0,5	0,9	1,7	2,6
Budgetsaldo	-5,9	-2,9	-2,0	-2,2	-2,2
Öffentlicher Schuldenstand	82,3	77,1	74,4	72,5	71,1

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

langjährigen Durchschnitt. Die Energiepreisanstiege führten in den Jahren 2021 und 2022 zu Einkommensabflüssen ins Ausland von 13 Mrd EUR. Der Budgetsaldo verbessert sich 2022 deutlich auf -2,9 % des BIP, wofür die sogar angesichts der konjunkturellen Erholung ungewöhnlich hohen Steuereinnahmen maßgeblich sind. Die Verbesserung des Budgetsaldos 2023 lässt sich auf den weiteren Rückgang der COVID-19-Maßnahmen und die geringeren Nettokosten der Energiepakete zurückführen. In den Folgejahren führen die Abschaffung der kalten Progression und die ökosoziale Steuerreform zu einer Stabilisierung des Budgetsaldos bei -2,2 % des BIP. Der starke Rückgang der Schuldenquote um mehr als zehn Prozentpunkte bis 2025 auf 71,1 % des BIP ist vor allem dem aufgrund der hohen Inflation starkem nominellen BIP-Wachstum zuzuschreiben.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, friedrich.fritzer@oenb.at, doris.prammer@oenb.at, martin.schneider@oenb.at, richard.sellner@oenb.at, alfred.stiglbaaur@oenb.at. Unter Mitarbeit von Gerhard Fenz, Mathias Moser, Birgit Niessner und Beate Resch.

1 Schwaches internationales Umfeld dämpft Exportwachstum

Aufgrund der erhöhten geopolitischen Unsicherheiten, der global weiterhin hohen Inflation und restriktiveren Finanzierungsbedingungen haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verglichen mit der Juni-Prognose verschlechtert. Wesentliche Abwärtsrevisionen für das nächste Jahr betreffen neben den Ländern des Euroraums China, die USA, das Vereinigte Königreich und die zentral-, ost- und südosteuropäischen Länder. In China führten zahlreiche strenge Lockdowns im Zuge der Null-COVID-Politik zu Produktionsstilllegungen, einem Einbruch im Konsumentenvertrauen und zusätzlich setzt der überhitzte Immobilienmarkt der Wirtschaftsentwicklung stark zu. Die angekündigten Lockerungen in der Null-COVID-Politik Chinas stellen jedoch ein Aufwärtsrisiko für das globale Wachstum dar. Im Euroraum schmälert die hohe Inflation die verfügbaren Haushaltseinkommen und belastet die energieintensiven Industrien. In mehreren Ländern des Euroraums wird mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung über den Jahreswechsel gerechnet. Für Deutschland wird für das Gesamtjahr 2023 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung erwartet.

Insgesamt wird die Weltwirtschaft 2023 deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt und auch 2024 schwächer als noch im Juni erwartet wachsen. Neben der schwächeren Exportnachfrage liegen der Prognose im Vergleich zum Juni höhere Gas- und Elektrizitätspreise zugrunde. Expansiv wirken hingegen geringere Rohölpreisannahmen und die seit Mitte des Jahres stetig abnehmenden Lieferengpässe. Die Annahmen zum USD-Wechselkurs (USD/EUR) fallen mit 1,03 für 2022–2025 etwas schwächer aus. Laut OeNB-Exportindikator sind die nominellen österreichischen Exporte im Herbst 2022 im Jahresabstand noch gewachsen, jedoch hat sich dieses Wachstum seit Mai deutlich abgeschwächt. Diverse Vorlaufindikatoren entwickeln sich zu Jahresende 2022 stark rückläufig und auch der durch die Lieferkettenprobleme überhöhte Exportauftragsbestand sinkt seit einigen Monaten. Hingegen war die Sommersaison (Mai–Oktober) 2022 im Tourismus äußerst erfolgreich und lag nur knapp unter den Werten der Rekordsaison 2019. Dabei kompensierte der starke Zuwachs an Gästen aus dem Inland und der Nachbarländer die nach wie vor geringeren Buchungszahlen aus weiter entfernten Ländern.

Die schwächere Entwicklung der österreichischen Exportmärkte führt zu einem Rückgang im realen Exportwachstum von 8,6 % im Jahr 2022 auf 1,7 % im Jahr 2023. Das reale Importwachstum schwächt sich im Jahr 2023 durch die geringere Exportdynamik, den Rückgang der Investitionen und das geringe Wachstum des privaten Konsums auf 0,5 % ab. Die in der zweiten Hälfte 2023 wieder anziehende Exportnachfrage und der sich von der Coronakrise noch erholende Überseetourismus stützen das Exportwachstum in den beiden darauffolgenden Jahren. Diese Exportentwicklung sowie die graduelle Erholung des privaten Konsums und der Investitionen lassen die Importe in der zweiten Hälfte des Prognosehorizonts wieder stärker ansteigen. Die Leistungsbilanz wächst aus ihrem pandemiebedingten Tief im Jahr 2021 und normalisiert sich über den Prognosehorizont.

Tabelle 2

Außenhandel und Leistungsbilanz

	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Exporte insgesamt	10,1	8,6	1,7	3,3	3,7
Importe insgesamt	13,5	2,2	0,5	3,1	3,6
	in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanz	0,4	0,5	0,9	1,7	2,6

Quelle: 2021: Statistik Austria, Eurosystem; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom

Österreichs Wirtschaft angesichts der Industrierezession in Deutschland robust

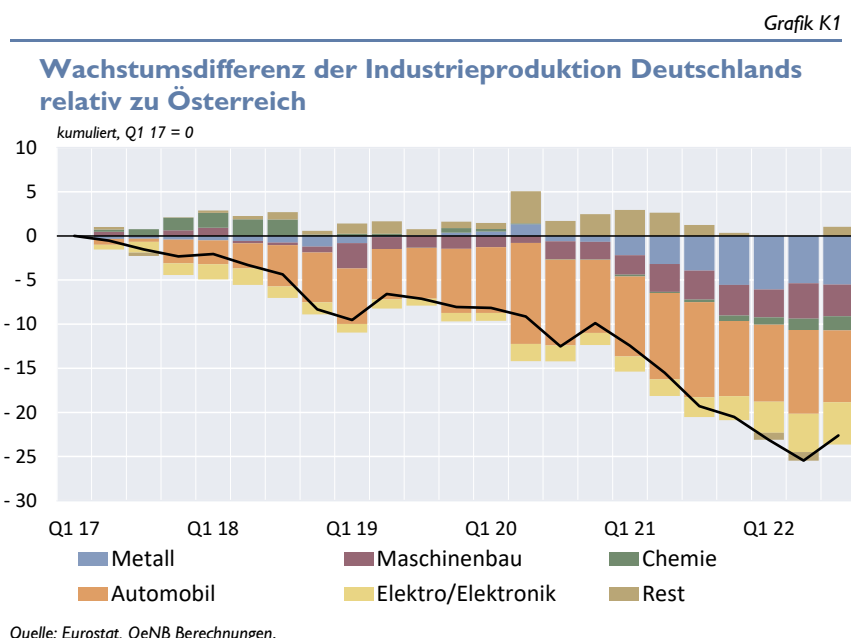
Die österreichische Wirtschaft ist in den beiden Jahren 2021 und 2022 deutlich stärker gewachsen als jene Deutschlands – ein Trend, der bereits seit 2017 zu beobachten ist und nur in den „Corona-Jahren“ durch die Lockdowns in für Österreich besonders wichtigen Dienstleistungssektoren unterbrochen wurde. Im Zeitraum 2017 bis zum dritten Quartal 2022 ist das reale BIP in Österreich um 4,5 Prozentpunkte stärker gewachsen als in Deutschland, was aufgrund der weiterhin sehr starken Verflechtung der österreichischen mit der deutschen Wirtschaft eine bemerkenswerte Entwicklung darstellt.

Im Folgenden werden die wichtigsten Gründe für die Wachstumsunterschiede zwischen den beiden Ländern skizziert. Ein zentraler Erklärungsfaktor ist die Entwicklung im Industriesektor. Wie in Grafik K1 dargestellt, fällt die Industrieproduktion Deutschlands zunehmend hinter jene Österreichs zurück. Zwischen dem ersten Quartal 2017 und dem dritten Quartal 2022 betrug die kumulierte Wachstumsdifferenz –23 Prozentpunkte. Dabei spielt der Automobilsektor eine zentrale Rolle. Die schwache Entwicklung der deutschen Automobilindustrie lässt sich zum Teil auf spezifische Faktoren wie den VW-Abgasskandal zurückführen, aber auch auf

den verspäteten Einstieg in die Elektromobilität. Verschärfend kommt hinzu, dass die Automobilindustrie in Deutschland mit 4,9 % (2019) einen deutlichen höheren Anteil an der gesamten Wertschöpfung aufweist als Österreich (1,7 %). Bis Ende des Jahres 2020 erklärt die Automobilindustrie den Großteil der Wachstumsdifferenz in der gesamten Industrie. Seit Anfang 2021 trägt auch die Elektro- und Elektronikindustrie, der Maschinenbau und die Metallerzeugung

zur Wachstumsdifferenz bei. Die unterschiedliche Entwicklung in der exportorientierten Industrie schlug sich auch in der Exportperformance nieder. Bezogen auf den Jahresdurchschnitt 2017 wuchsen die deutschen realen Güterexporte bis zum dritten Quartal 2022 um nur 6 % (Österreich: 18 %).

Ein zweiter Faktor ist die stärkere globale Vernetzung der deutschen Wirtschaft außerhalb Europas. Internationale Handelskonflikte und das aufgrund seiner Null-COVID-Politik und der Immobilienkrise strauchelnde China dämpften die deutsche Wirtschaft daher stärker. 37 % der importierten Vorleistungen der deutschen Industrie werden aus Ländern außerhalb Europas bezogen (Österreich: 27 %). China ist mit einem Anteil von 7,6 % die zweitwichtigste Exportdestination Deutschlands (in Österreich mit 3 % auf dem zehnten Platz). Insgesamt entfielen 2021 etwa 46 % der deutschen Exporte auf Länder außerhalb der EU (Österreich: 31 %). Die stärker außereuropäisch geprägten Lieferverflechtungen erklären auch, warum deutsche Unternehmen deutlicher von den globalen Lieferkettenengpässen betroffen sind als österreichische. Im Oktober 2022 nannten 71,6 % der deutschen Industrieunternehmen Materialengpässe als ein wesentliches Produktionshemmnis (Österreich: 28,4 %).



Abseits der stärkeren globalen Verflechtungen und Bedeutung der Industrie deuten weitere Indikatoren auf strukturelle Unterschiede zwischen der deutschen und der österreichischen Wirtschaft hin. Deutschland ist stärker von der Alterung der Bevölkerung betroffen als Österreich. So lag der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2021 mit 34,2 % deutlich über dem österreichischen Wert (28,9 %). Trotz einer höheren Beschäftigungsquote (gemessen an der Gesamtbevölkerung) klagten im Oktober 2022 deutlich mehr deutsche Industrieunternehmen (41 %) über Arbeitskräftemangel als österreichische (22 %). Bis 2030 wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland um 6,7 % gegenüber 2022 abnehmen, in Österreich weniger als halb so stark (-2,8 %).

Das Produktivitätswachstum in der Sachgütererzeugung fiel in Österreich seit 2000 deutlich stärker aus als in Deutschland. Dadurch stiegen auch die Löhne deutlich stärker, sodass sich die Lohnstückkosten beider Länder ähnlich entwickelten. Die Investitionsquote Deutschlands befindet sich seit 1995 um durchschnittlich etwa drei Prozentpunkte unter jener Österreichs. Bei den für die Infrastruktur wichtigen öffentlichen Investitionen liegt die Quote seit 2000 im Durchschnitt 0,7 Prozentpunkte darunter.

Zusammenfassend hat Deutschland relativ zu Österreich stärker unter der demographischen Entwicklung sowie einem angespannten Arbeitsmarkt zu leiden, ist aufgrund seiner globaleren Wirtschaftsausrichtung stärker von einer globalen Wachstumsschwäche, Lieferkettenstörungen und protektionistischen Tendenzen betroffen und leidet seit längerem unter einem privaten und öffentlichen Investitionsrückstau. Darüber hinaus geriet die für die deutsche Wertschöpfung wichtige Industrie durch die geringere Produktivitätsentwicklung und spezifische Faktoren zunehmend unter Druck.

Vor diesem Hintergrund wird die deutsche Wirtschaft 2022 mit 1,8 % deutlich schwächer wachsen als jene Österreichs mit 4,9 %. Für das kommende Jahr 2023 wird für Deutschland eine Rezession erwartet – das reale BIP wird um 0,5 % zurückgehen. Für Österreich wird hingegen ein Plus von 0,6 % prognostiziert.

2 Milde Rezession der Industrie zum Jahreswechsel

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben die österreichische Industrie nur während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 beeinträchtigt. Im Jahr 2021 wurden – vor allem aufgrund der hohen internationalen Nachfrage – die Verluste des Jahres 2020 mehr als wettgemacht. Industrieproduktion und Investitionen stiegen Hand in Hand mit der Exporttätigkeit. Die Bruttoanlageinvestitionen erzielten im Jahr 2021 mit +8,8 % das stärkste Wachstum der letzten Jahrzehnte. Dieses wurde vor allem durch Ausrüstungsinvestitionen getragen, die 2020 am stärksten eingebrochen sind und 2021 den stärksten Rückprall zeigen. Mit Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine verschlechterte sich die Stimmung der Unternehmen abrupt. Die Export- und Produktionserwartungen gehen seitdem zurück. In Verbindung mit einem starken Anstieg der Energiekosten, einer sinkenden Kapazitätsauslastung und steigenden Finanzierungskosten hat dies dazu geführt, dass Produktion und

Investitionen in der Industrie im dritten Quartal 2022 gesunken sind (Grafik 1, links). Für die nächsten Monate wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Dies

wird dazu führen, dass die Gesamtwirtschaft über den Jahreswechsel in eine technische Rezession rutschen wird, da der Dienstleistungssektor diesen Rückgang anders als im dritten Quartal (das von starken Aufholprozessen im Tourismus gekennzeichnet war) nicht kompensieren kann. Die Rezession dürfte aber weder lange noch tief ausfallen. Darauf weisen vor allem die Beschäftigungserwartungen hin, die sich deutlich besser als die Produktionserwartungen entwickeln (Grafik 1, rechts). Die Unternehmen versuchen ihren Personalstand weitgehend zu halten, weil sie mit einer raschen

Erholung der Konjunktur rechnen. Die hohen Energiepreise stellen viele Branchen vor große Herausforderungen. Einige Unternehmen haben Produktions-

kürzungen aufgrund der hohen Energiepreise vornehmen müssen. Von den energieintensiven Industriebranchen (Papier, Chemie, Grundstoffindustrie und Metall) hat aber nur die Papierindustrie schlechtere Produktionserwartungen als die gesamte Industrie. Angesichts der für die nächsten Monate gesicherten Gasversorgung und den wieder sinkenden Großhandelspreisen

Grafik 1

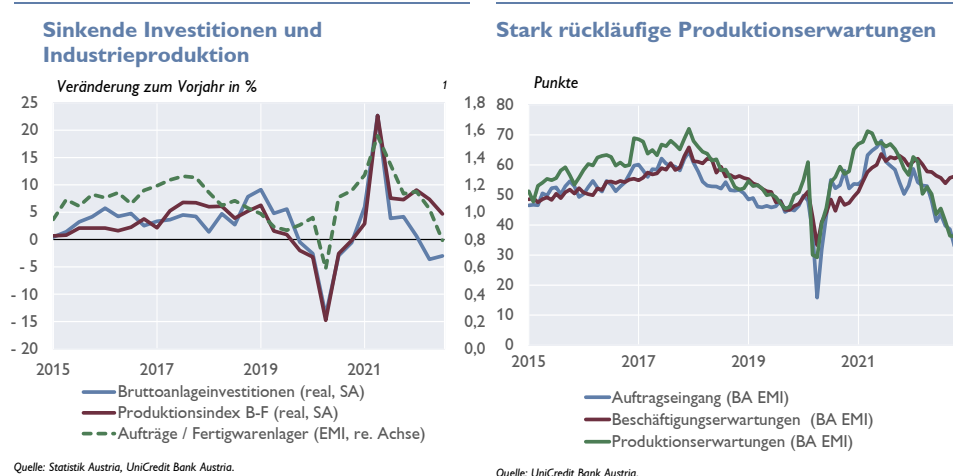


Tabelle 3

Investitionen in Österreich

	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	8,8	-2,2	-1,4	1,7	2,0
Ausrüstungsinvestitionen	15,7	-8,7	-1,6	2,6	2,2
Wohnbauinvestitionen	5,4	-3,3	-1,5	-2,0	4,0
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	6,6	1,1	-3,4	1,2	-0,8
Investitionen in Forschung und Entwicklung	5,2	4,0	1,1	3,7	3,3

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

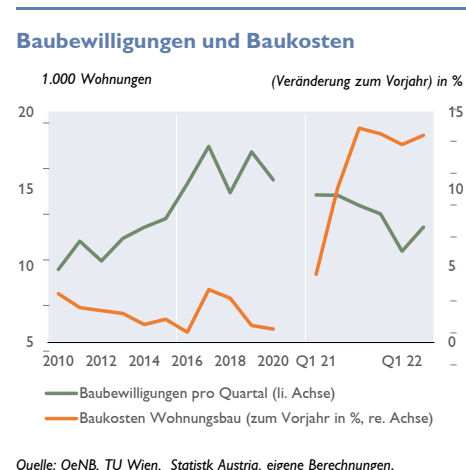
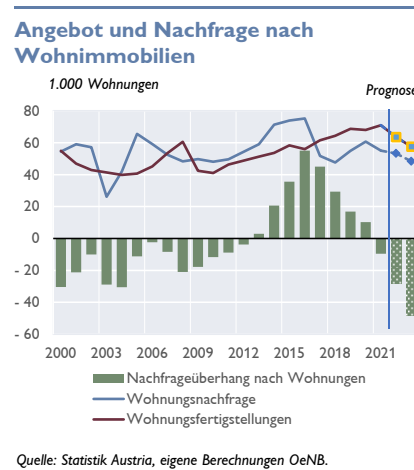
für Energie scheinen großflächige Produktionsstillegungen aus heutiger Sicht daher nicht wahrscheinlich. Ein gänzlicher Ausfall russischer Gaslieferungen ohne entsprechende Erschließung alternativer Versorgungsquellen stellt ein wesentliches Abwärtsrisiko für das Wachstum 2023 dar. Positive Impulse für die Investitionen kommen aus der Klima- und Transformationsinitiative, mit der die klimaneutrale Gestaltung der Produktionsprozesse gefördert wird. Im Wohnbau ist hingegen mit einem Auslaufen eines langen Zyklus und einer deutlichen Abkühlung zu rechnen (siehe Kasten 2).

Kasten 2

Auslaufender Wohnbauzyklus wird durch sinkende Leistbarkeit, steigende Finanzierungskosten sowie Material- und Arbeitskräfteknappheit verstärkt

Der österreichische Wohnimmobilienmarkt war im letzten Jahrzehnt durch einen ausgeprägten Zyklus gekennzeichnet. Vor zehn Jahren waren Angebot und Nachfrage nach Wohnungen weitgehend im Gleichgewicht, d. h. es gab weder ein nennenswertes Überangebot noch eine nennenswerte Überschussnachfrage.² Die Anzahl der Wohnungsfertigstellungen befand sich in diesem Zeitraum jedoch auf einem niedrigen Niveau und konnte mit dem zunehmenden Wachstum der Nachfrage zu Wohnzwecken (im Wesentlichen dem Wachstum der Anzahl an Haushalten) nicht Schritt halten. Die Nachfrage erreichte schließlich im Jahr 2016 mit 75.000 zusätzlichen Wohnungen ihren Höhepunkt und schwächte sich aufgrund des Rückgangs des Bevölkerungswachstums seither kontinuierlich ab (linkes Panel der Grafik). Die Bautätigkeit reagierte mit Verzögerung auf die Nachfrage und erreichte im Jahr 2021 mit 71.000 Fertigstellungen den höchsten Wert seit Beginn der 1980er-Jahre. Damit gab es im Jahr 2021 – in Relation zur Nachfrage zu Wohnzwecken – bereits ein leichtes Überangebot an Wohnungen. Dieses wird bis zum Jahr 2023 auf 49.000 Wohnungen ansteigen. Die Bauwirtschaft hat bereits begonnen, darauf zu reagieren. Die Anzahl der Baubewilligungen – die schon in den Jahren 2020 und 2021 um insgesamt 19 % gesunken ist – nahm im ersten Halbjahr 2022 nochmals um 20 % ab. Dies deutet auf einen deutlichen Rückgang der Fertigstellungen ab 2022 hin.

Neben dieser zyklischen Komponente kommt der Wohnbau noch durch eine Reihe weiterer Faktoren unter Druck. Am aktuellen Rand führen die steigenden Zinsen in Verbindung mit stark angestiegenen Immobilienpreisen zu einer Verschlechterung der Leistbarkeit. Das trug in den Monaten August und September zu deutlichen



Rückgängen bei neu vergebenen Wohnbaukrediten bei. Darüber hinaus stellen die im August 2022 in Kraft getretene Verordnung für nachhaltige Vergabestandards bei der Finanzierung von Wohnimmobilien (KIM-VO), die hohen Grundstücks- und Baukosten sowie Lieferengpässe und Arbeitskräfteknappheit weitere die Wohnbautätigkeit dämpfende Faktoren dar.

² Zu Details der Berechnungen siehe Schneider (2019): Exploring supply and demand-driven imbalances in Austria's housing market. In: Monetary Policy and the Economy Q3/19. OeNB. 54–71.

3 Hohe Lohnzuwächse bei robuster Arbeitsmarktentwicklung

Der österreichische Arbeitsmarkt entwickelt sich derzeit trotz der aktuellen Konjunkturabkühlung sehr robust. Im Jahr 2023 wird sich das Wachstum der Beschäftigung in Personen zwar abschwächen, aber noch leicht positiv bleiben. Die geleisteten Arbeitsstunden werden jedoch sinken. Hinter dieser Prognose steckt die Annahme, dass der anhaltend hohe Arbeitskräftemangel und die Erwartung einer nur kurzen Rezession viele Unternehmen dazu bewegt, die Beschäftigten trotz sinkender Auslastung zu halten. Deswegen wird die Arbeitslosenquote 2023 auch nur geringfügig von 4,8 % auf 4,9 % laut Eurostat-Definition steigen (bzw. von 6,3 % auf 6,6 % gemäß der AMS-Quote). 2024 und 2025 wird sich aufgrund der verbesserten Konjunktur das Beschäftigungswachstum wieder erholen und die Arbeitslosenquote auf 4,6 % sinken.

Das Arbeitsangebot wird zum einen von der Demografie getrieben, wobei gegen Ende des Prognosehorizonts die Nettoimmigration nicht mehr ausreicht, um einen Rückgang der Erwerbsbevölkerung zu verhindern. Weiters wird ein positiver Beitrag von steigenden Erwerbsquoten angenommen, der 2023 zyklisch bedingt gering ausfällt und 2024/25 wieder steigt, auch wegen der schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters für Frauen. Der Zuzug und die schrittweise Integration von ukrainischen Flüchtlingen (35.000 Personen in den Jahren 2022 bis 2025) in den Arbeitsmarkt trägt ebenfalls zum Arbeitsangebotswachstum bei.

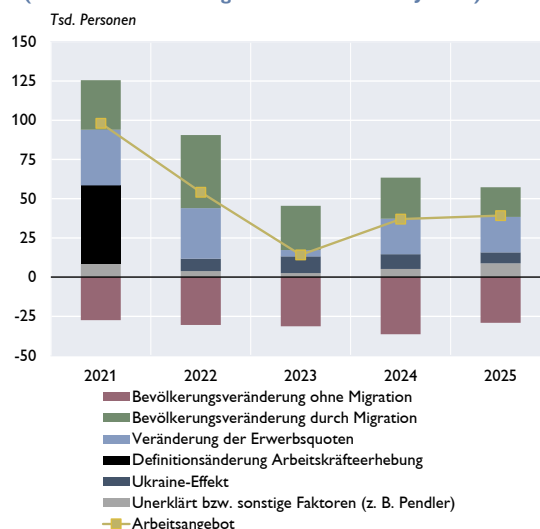
Die Kollektivvertragslöhne werden 2023 mit +7,2 % gegenüber 2022 kräftig wachsen. Das liegt vor allem an der Abgeltung der bei KV-Verhandlungen üblicherweise zu Grunde gelegten Inflation der letzten zwölf Monate. Für 2024 wird angenommen, dass angesichts einer konjunkturbedingt nur schwachen

Produktivitätsentwicklung und rückläufiger Inflationsraten die KV-Löhne mit knapp 6 % schwächer wachsen werden. Dennoch wird sich die Erholung der Lohnquote nach dem starken Rückgang 2022 fortsetzen. Aufgrund der ab 2023 geringen Lohndrift werden die nominellen Brutto-Arbeit-

nehmerentgelte je Beschäftigten in ähnlichem Ausmaß wachsen wie die Tariflöhne. Real werden diese vor allem durch den Rückgang der Inflation im Jahr 2024 mit 2,2 % kräftig steigen.

Grafik 2

Veränderung des Arbeitsangebots (Wohnsitzbevölkerung im Alter von 15–64 Jahren)



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Tabelle 4

Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung in Österreich

	2021	2022	2023	2024	2025
Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamtbeschäftigung (Personen)	2,0	2,4	0,2	1,0	0,9
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	4,7	3,0	-0,7	1,0	1,0
Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten					
Brutto ² , nominell	2,6	4,3	7,1	6,1	3,6
Kollektivvertragslöhne ¹	1,7	3,1	7,2	5,9	3,6
Lohndrift	0,9	1,2	-0,1	0,2	0,0
Konsumdeflator	2,2	8,4	6,3	3,8	3,1
Brutto ² , real	0,3	-3,7	0,7	2,2	0,5
Netto ³ , real	-0,2	-3,0	1,3	3,1	0,7
Arbeitslosenquote					
gemäß Eurostat	6,2	4,8	4,9	4,7	4,6
gemäß AMS	8,0	6,3	6,6	6,5	6,3

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

1 Gesamtwirtschaft. 2 Inkl. Dienstgeberbeiträgen 3 Nach Abzug von Steuern und SV-Beiträgen.

4 Kräftiger Anstieg der Realeinkommen im Jahr 2024 nach Verlusten in den Jahren 2022 und 2023

Die hohe Inflation führte im Jahr 2022 zu einem deutlichen Rückgang der realen Haushaltseinkommen. Die vorwiegend im Herbst 2021 ausverhandelten Lohnabschlüsse für 2022 lagen mit 3,1 % deutlich unter der Inflationsrate. Das kräftige Beschäftigungswachstum dämpfte die Verluste zwar, mit einem Minus von 2,5 % wurde aber der nach dem Pandemiejahr 2020 zweithöchste jemals verzeichnete Realeinkommensverlust verzeichnet. Der private Konsum war im Jahr 2022 stark von Aufholeffekten nach Auslaufen der Lockdowns geprägt und erreichte ein Wachstum von 4,6 %. Dieser Zuwachs war nur durch einen starken Rückgang der Sparquote möglich. Die während der Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund des erzwungenen Konsumverzichts angehäuften Überschussersparnisse wurden damit zum Teil wieder abgebaut; die Sparquote sank in einem noch nie gesehenen Ausmaß.

Die Lohnabschlüsse für das Jahr 2023 von 7,2 % führen in Verbindung mit einer leicht rückläufigen Inflation zu Reallohnzuwächsen. Aufgrund des Auslaufens von Corona-Maßnahmen und des Wegfalls von Einmalzahlungen (Zahlungen an Pensionistinnen bzw. Pensionisten und Arbeitslose, Klimabonus und Teuerungsausgleich) dämpfen die realen Nettotransfers des Staates jedoch die Einkommen, sodass auch im Jahr 2023 mit einer leicht negativen Realeinkommensentwicklung zu rechnen ist. Die Mehrbelastung durch die Preisanstiege bei Energie werden im Jahr 2023 und der ersten Jahreshälfte 2024 durch die Strompreibremse deutlich gedämpft. Die Preise von anderen Energieträgern (Gas, feste Brennstoffe, Fernwärme) werden jedoch steigen und die Haushalte

belasten, weswegen auch nicht mit einem Anstieg der realen Konsumausgaben gerechnet wird. Die erwartete Stagnation des realen Konsums im Jahr 2023 ist nur durch einen weiteren Rückgang der Sparquote zu finanzieren.

Im Jahr 2024 wird aufgrund des erwarteten Inflationsrückgangs mit einem kräftigen Anstieg der Reallöhne gerechnet. In Verbindung mit einer Beschleunigung des Beschäftigungswachstums und einem kräftigen Anstieg der Pensionszahlungen aufgrund der Indexierung wird es zu deutlichen Realeinkommensgewinnen kommen. Die Haushalte werden diese Zuwächse sowohl zu einem verstärkten Konsumwachstum wie auch zu einer Anhebung der Sparquote nutzen, die bis zum Ende des Prognosehorizonts wieder zu ihrem historischen Durchschnitt zurückkehrt.

Tabelle 5

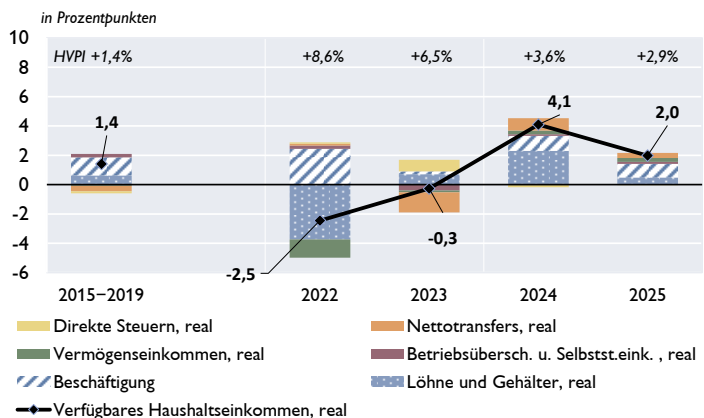
Reale Haushaltseinkommen und privater Konsum

	2021	2022	2023	2024	2025
Veränderung zum Vorjahr in %					
Verfügbares Haushaltseinkommen, real	2,0	-2,5	-0,3	4,1	2,0
Privater Konsum, real	3,4	4,6	0,1	2,1	1,4
in % des verfügbaren Haushaltseinkommens					
Sparquote	12,1	5,6	5,2	7,0	7,5

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

Grafik 3

Zusammensetzung des Wachstums des real verfügbaren Haushaltseinkommens



Quelle: Statistik Austria, WIFO, OeNB.

5 Europäische Energiekrise treibt Inflation 2022 auf 8,6 %

Der im Februar 2022 ausgebrochene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Preise für energetische und nicht energetische Rohstoffe markant verteuert und stellt die wichtigste Ursache für die Beschleunigung der Inflation im Verlauf dieses Jahres dar. Die OeNB erwartet einen Anstieg der HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 auf 8,6 %, gefolgt von Rückgängen auf 6,5 % im Jahr 2023, 3,6 % im Jahr 2024 und 2,9 % im Jahr 2025. Der Rückgang der Inflationsrate im Jahr 2023 geht in erster Linie auf den geringeren Preisauftrieb bei Energie zurück. Die Preise von Treibstoffen und Heizöl werden entsprechend den Terminotierungen von Rohöl zurückgehen. Bei Haushaltsenergie wird in den nächsten Monaten noch mit weiteren Preissteigerungen gerechnet, die allerdings durch das mit Dezember 2022 in Kraft

getretene Stromkostenzuschussgesetz wesentlich abgefedert werden. Diese sogenannte „Strompreisbremse“ sieht eine Subventionierung des Verbraucherpreises für Elektrizität von Dezember 2022 bis Juni 2024 vor. Die Auswirkungen auf die HVPI-Inflation dürften im Jahr 2022 rund –0,1 Prozentpunkte und im Jahr 2023 –0,9 Prozentpunkte betragen. Das Auslaufen der Strompreisbremse Mitte 2024 führt allerdings zu einem inflationstreibenden Effekt von +0,3 Prozentpunkten im Jahr 2024 und +0,4 Prozentpunkten im Jahr 2025.

Bei Nahrungsmitteln sind auch 2023 weit überdurchschnittliche Inflationsraten zu erwarten, da der militärische Konflikt in der Ukraine die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe deutlich in die Höhe getrieben hat. Die ohne Energie und

Inflation

	Prognose				Revisionen gegenüber September 2022		
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024
HVPI-Inflation	8,6	6,5	3,6	2,9	0,1	0,0	-0,1
Nahrungsmittel insgesamt	8,8	8,0	4,5	2,9	0,3	1,6	1,3
<i>davon unverarbeitete Nahrungsmittel</i>	10,2	5,4	x	x	0,8	1,2	x
<i>davon verarbeitete Nahrungsmittel</i>	8,5	8,6	x	x	0,1	1,6	x
Industriegüter ohne Energie	5,6	5,3	x	x	0,4	0,2	x
Energie	41,0	9,5	2,6	1,0	-1,1	-4,7	-2,4
Dienstleistungen	4,6	5,9	x	x	0,1	0,4	x
HVPI ohne Energie	5,7	6,1	3,7	3,1	0,2	0,5	0,2
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	5,0	5,6	3,5	3,1	0,2	0,3	-0,1

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Nahrungsmittel berechnete Kerninflation steigt 2022 auf 5,0 % und wird 2023 mit 5,6 % sogar noch darüberliegen. Ausschlaggebend dafür sind die aufgrund der Inflationsentwicklung hohen Lohnabschlüsse sowie indirekte Effekte der Energiepreisentwicklung auf die Teuerung von Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie. 2024 und 2025 wird die Kerninflationsrate auf 3,5 % bzw. 3,1 % sinken, damit aber deutlich über dem langfristigen Durchschnitt bleiben.³

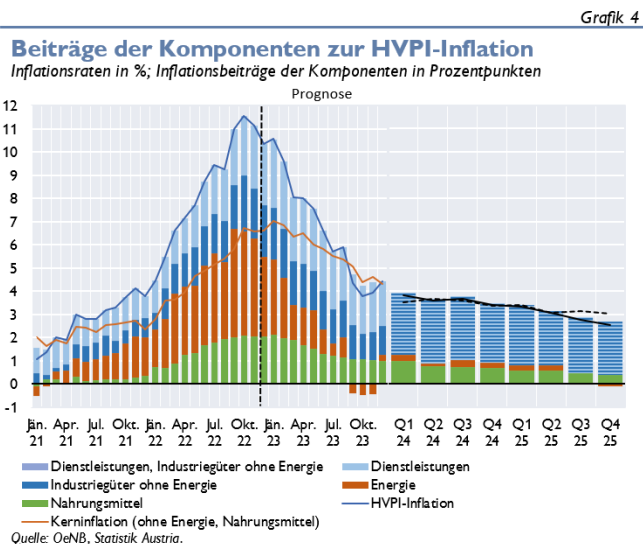


Tabelle 6

³ Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag in den Jahren 1999 bis 2019 bei durchschnittlich 1,7 %.

In der aktuellen Projektion wurde die HVPI-Inflationsrate gegenüber der Prognose vom September 2022⁴ nur geringfügig revidiert. Einerseits dämpfen die in den letzten Monaten deutlich gesunkenen Energiepreise auf den Großhandelsmärkten wie auch die verschlechterte Konjunktur im Jahr 2023 die Energie-Inflationsrate. Andererseits ist die Lohnentwicklung nunmehr deutlich dynamischer als in der letzten Prognose erwartet, weshalb vor allem die Teuerungsentwicklung bei Dienstleistungen nach oben revidiert wurde (siehe Tabelle 6).

Kerninflation beschleunigt sich 2023 aufgrund höherer Lohnabschlüsse

Die Preise für Rohöl erreichten im Juni 2022 ihren Höhepunkt und werden ihren fallenden Trend laut den Terminnotierungen bis Ende 2025 fortsetzen.⁵ Die Großhandelspreise für Gas und Elektrizität erreichten im August 2022 Spitzenwerte, haben sich bis Oktober 2022 aber um mehr als 50 % verringert. Bis ins zweite Quartal 2023 steigen die Terminnotierungen für Strom und Gas allerdings wieder an und werden sich erst anschließend abschwächen, aber weit über ihren langfristigen Durchschnitts bleiben. 2022 sollte die *Jahresinflation von Energie* 41,0 % betragen und in den Jahren 2023 bis 2025 auf 9,5 %, 2,6 % bzw. 1,0 % zurückgehen. Mehrere fiskalpolitische Maßnahmen wurden in Kraft gesetzt, um die Energiepreisinflation zu dämpfen. Diese Maßnahmen (inklusive der inflationssteigernden CO₂-Bepreisung) dürften in Summe die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 um rund 0,3 Prozentpunkte sowie im Jahr 2023 um 0,6 Prozentpunkte dämpfen, 2024 und 2025 aber einen inflationssteigernden Effekt von etwa 0,6 Prozentpunkten sowie 0,4 Prozentpunkten haben. Die Maßnahmen umfassen die Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe von Mai 2022 bis Mitte des Jahres 2023, die Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags in den Jahren 2022 und 2023, die Anhebung der CO₂-Bepreisung in mehreren Stufen (Oktober 2022 und jeweils im Jänner 2023, 2024 und Jänner 2025) sowie das Stromkostenzuschussgesetz, das von Dezember 2022 bis Juni 2024 in Kraft ist.⁶ Letzteres beinhaltet eine Subventionierung des Elektrizitätspreises für Haushaltskundinnen und -kunden und sollte unter den genannten Maßnahmen die größten inflationsdämpfenden Effekte aufweisen.

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* hat sich seit Jahresbeginn 2022 annähernd verdoppelt. In den nächsten Monaten wird mit keiner Abschwächung der Teuerung in diesem Sektor gerechnet. Vor allem in den lohnintensiven Sektoren ist im Jahr 2023 mit zunehmendem Preisdruck zu rechnen. Dazu dürften auch die hohen Energiekosten beitragen. 2022 wurden außerdem die Richtwert- und Kategoriemieten mehrmals angehoben, was ebenfalls zur Aufwärtsentwicklung der Dienstleistungsinflation beigetragen hat. Insgesamt dürften diese Mietzinserhöhungen die Dienstleistungsinflation 2022 um rund 0,2 Prozentpunkte sowie die HVPI-Inflationsrate um rund 0,1 Prozentpunkte anheben. Im Dienstleistungssektor wird 2023 eine Inflationsrate von 5,9 %

⁴ Siehe Abschnitt 2 in [Inflation aktuell Q3/22](#).

⁵ Der Ölpreis für die Marke Brent Crude betrug im Juni 2022 120 EUR pro Barrel, fiel seither kontinuierlich und sollte entsprechend den Terminnotierungen im vierten Quartal 2025 74 EUR betragen.

⁶ Die HVPI-Effekte der Maßnahmen für die Jahre 2022 bis 2025 setzten sich wie folgt zusammen. Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe: 2022 -0,14 Prozentpunkte, 2023 +0,03 Prozentpunkte und 2024 +0,07 Prozentpunkte. Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags: 2022 -0,21 Prozentpunkte, 2023 +0,08 Prozentpunkte und 2024 +0,12 Prozentpunkte. Anhebung der CO₂-Bepreisung: 2022 +0,06 Prozentpunkte, 2023 +0,20 Prozentpunkte, 2024 +0,10 Prozentpunkte und 2025 +0,08 Prozentpunkte. Stromkostenzuschussgesetz: 2022 -0,08 Prozentpunkte, 2023 -0,90 Prozentpunkte, 2024 +0,28 Prozentpunkte und 2025 0,36 Prozentpunkte.

erwartet (2022: 4,6 %) und liegt damit um mehr als das Doppelte über dem langfristigen Durchschnitt von 2,3 % (Durchschnitt von 1999 bis 2019).

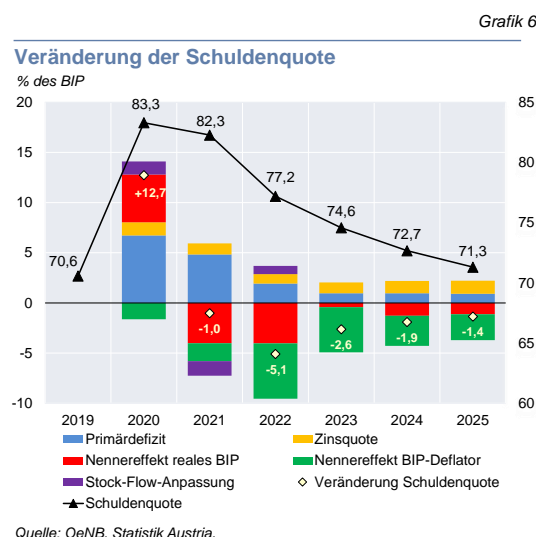
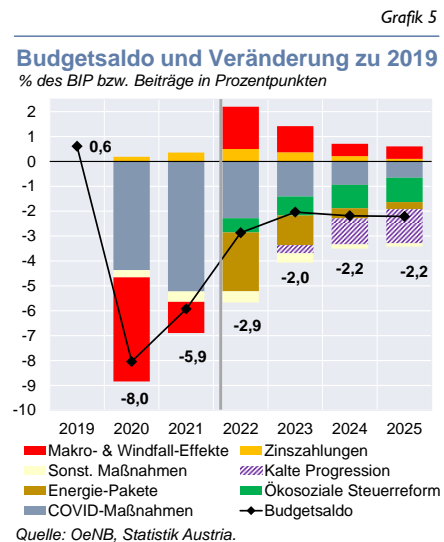
Auch die Inflationsrate von *Industriegütern ohne Energie* erreichte zuletzt Höchststände. Ausschlaggebend dafür waren die Preissteigerungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen sowie die hohen Energiekosten. Für 2022 wird im Industriegütersektor ohne Energie eine Jahresinflationsrate von 5,6 % erwartet. In diesem Sektor wird in den nächsten Monaten mit einem weiteren Inflationsauftrieb gerechnet, der Anfang des Jahres 2023 seinen Höhepunkt erreichen wird. Die im Jahr 2023 erwartete Konjunkturertrübung und der damit verbundene Nachfragerückgang sollte den Preisauftrieb in diesem Sektor abschwächen. Trotz des Rückgangs der Teuerung im Laufe des Jahres 2023 bleibt die Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie mit 5,3 % im Jahr 2023 weiterhin sehr hoch.

Bei *Nahrungsmitteln* (einschließlich Alkohol und Tabak) wird auch 2023 noch mit einer weit überdurchschnittlichen Nahrungsmittelinflationsrate von 8,0 % gerechnet (2022: 8,8 %). In den kommenden Monaten sollte sich die Teuerung weiter beschleunigen, da die landwirtschaftlichen Produktionskosten (Düngemittel, Treibstoffe, Futtermittel) bis zuletzt deutlich angestiegen sind. Aber auch Angebotsausfälle bei Agrarrohstoffen aufgrund des Ukraine-Kriegs sowie der heiße und trockene Sommer in Europa dürften die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel und in der Folge auch die Verbraucherpreise anheizen. Erst ab Mitte 2023 sollte der „Pipeline-Preisdruck“ ausklingen. 2024 und 2025 wird die Teuerung auf 4,5 % sowie 2,9 % sinken, damit aber über dem langfristigen Durchschnitt bleiben (Durchschnitt von 1999 bis 2019: 2,2 %).

Der Inflationsprognose liegt die Annahme zugrunde, dass es zu keinen Rationierungen bei Gas kommt. Zudem sollten sich die weltweiten Angebotsengpässe bis Mitte 2023 auflösen. Die Risiken der Inflationsprognose sind für die Jahre 2023 und 2024 überwiegend nach oben gerichtet. Das wichtigste Aufwärtsrisiko für die Inflationsentwicklung stellen Einschränkungen der Energielieferungen und damit einhergehend höhere Energiepreise dar.

6 Budgetdefizit trotz zahlreicher Maßnahmenpakete unter 3% des BIP

2022 verbessert sich der Budgetsaldo um etwa 3 Prozentpunkte auf $-2,9\%$ des BIP (Grafik 5). Die konjunkturelle Erholung und ungewöhnlich hohe Steuereinnahmen (besonders bei der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer) sind für diese Entwicklung maßgeblich (rote Balken). Das Ausmaß an diskretionären Fiskalmaßnahmen steigt gegenüber den beiden COVID-19-Jahren 2020 und 2021 sogar etwas an (blaue, grüne, gelbe und violette Balken). Der Rückgang der fiskalischen COVID-19-Maßnahmen (blaue Balken), insbesondere die rückläufigen Ausgaben für Einkommensstützungen (Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss/Ausfallsbonus, Härtefallfonds) ist nicht ausreichend, um die übrigen Maßnahmenpakete zu kompensieren. Während die ökosoziale Steuerreform mit der stufenweisen Reduktion der Einkommensteuertarife (grüne Balken) 2022 einen relativ geringen Einfluss auf den Budgetsaldo hat, sind die Ausgaben im Zuge der Energiepakete (violette Balken) deutlich sichtbar. Größte Einzelmaßnahmen zur Kompensation der (Energie-)Inflation sind im Jahr 2022 der erhöhte Klima- und Anti-Teuerungsbonus sowie die Kosten, die durch den Aufbau der strategischen Gasreserve entstanden. Die weitere Verbesserung des Budgetsaldos 2023 lässt sich auf den weiteren Rückgang der COVID-19-Maßnahmen und die geringeren Nettokosten der Energiepakete zurückführen. Die Kosten von Maßnahmen wie etwa der Strompreisbremse werden durch Einnahmen aus der Abschöpfung von Übergewinnen von Unternehmen im Bereich fossile Energieträger und von Stromproduzenten zu knapp einem Viertel kompensiert. Allerdings steigen die Kosten der ökosozialen Steuerreform an und die Effekte der Abschaffung der kalten Progression (violett schraffierte Balken) beginnen sichtbar zu werden. Diese beiden Effekte sind maßgeblich dafür, dass sich der Budgetsaldo in den Folgejahren nicht weiter verbessert, sondern bei etwa $-2,2\%$ des BIP stabilisiert. Zusätzlich liegt der positive Beitrag der automatischen Stabilisatoren und Windfall Effekte in den Jahren 2024 und 2025 deutlich unter jenem der Vorjahre. Das höhere Zinsniveau führt zu einem geringfügigen Anstieg der Zinsausgaben und daher zu einem geringeren positiven Budgetbeitrag aus Zinersparnis (orange Balken). Der starke Rückgang der Schuldenquote um mehr als 10 Prozentpunkte auf $71,3\%$ bis 2025 (schwarze Linie in Grafik 6, rechte Achse) ist dem hohen nominellen BIP-Wachstum zuzuschreiben (grüne und rote Balken). Vor allem 2023 ist die Reduktion der Schuldenquote in Prozent des BIP ausschließlich auf das hohe Wachstum und hier wiederum auf die hohe Inflation (grüne Balken), zurückzuführen. Das ab 2023 in etwa konstante Primärdefizit (blaue Balken) sowie die leicht ansteigenden Zinsausgaben (orange Balken) tragen hingegen – isoliert betrachtet – zu einem Anstieg der Staatschulden bei.



Hohe Energieimportpreise führen 2021/22 zu Einkommensabflüssen von 13 Mrd EUR ins Ausland

Die Weltwirtschaft erholte sich 2021 vom wirtschaftlichen Einbruch in Folge der Corona-Pandemie unerwartet schnell. Der enorme Nachfrageschub, vor allem nach dauerhaften Konsumgütern, führte zu Lieferengpässen und in weiterer Folge zu einem Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise. Im Jahr 2022 kam es in Folge des Angriffs Russlands auf die Ukraine und dem damit verbundenen Konflikt zwischen Russland und den westlichen Ländern zu einem weiteren sprunghaften Anstieg der Energiepreise, insbesondere der Gaspreise. Die Preise für österreichische Energieimporte (gewichtete Importe von Kohle, Öl, Strom und Gas) stiegen 2021 um knapp 60 % und 2022 um weitere 140 %. Österreich importiert weit mehr Energie als es exportiert. Aufgrund des starken Anstiegs der Energiepreise muss Österreich somit deutlich mehr für seine Importe zahlen. Dies führt zu einem Einkommensabfluss aus Österreich ins Ausland.

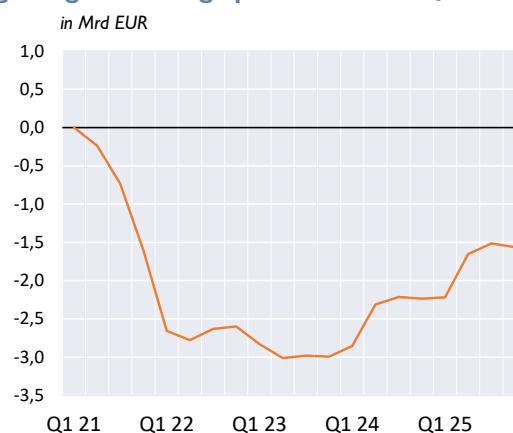
In der linken Grafik ist die Entwicklung der europäischen Energiepreise seit Beginn des Jahres 2021 abgebildet und der erwartete zukünftige Verlauf bis Ende 2025 gemäß den Annahmen in der Dezemberprognose. In der rechten Grafik sind die geschätzten Einkommensverluste dargestellt, die sich in der Außenhandelsbilanz aus durch den Anstieg der Preise von energetischen Gütern ergeben. Kumuliert führte der Anstieg der Energieimportpreise um insgesamt 275 % in den Jahren 2021 und 2022 zu Einkommensabflüssen ins Ausland von etwa 13,2 Mrd EUR. Davon entfallen 2,6 Mrd EUR auf das Jahr 2021 (0,6 % des BIP) und 10,7 Mrd EUR auf das Jahr 2022 (2,3 % des BIP).⁷ Durch den erwarteten Rückgang bei den Energiepreisen (Grafik K3, links) nehmen die Einkommensabflüsse ins Ausland über den Prognosehorizont ab.

Grafik K 3

Energiepreisannahmen



Einkommensabflüsse ins Ausland aufgrund gestiegener Energiepreise seit 2021 Q1



⁷ Die EZB kommt im September 2022 in einer internen Ausarbeitung zu einem ähnlichen Effekt für die EU.

7 Tabellenanhang

Tabelle A-1

Hauptergebnisse der Prognose

	Dezember 2022					Revisionen seit Juni		
	2021	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024
<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>								
Wirtschaftliche Aktivität								
Bruttoinlandsprodukt	4,7	4,9	0,6	1,7	1,6	1,1	-1,4	-0,2
Privater Konsum	3,4	4,6	0,1	2,1	1,4	0,7	-1,9	0,1
Öffentlicher Konsum	7,9	1,1	-0,5	0,4	0,7	1,3	-1,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	8,8	-2,2	-1,4	1,7	2,0	-3,8	-3,9	-0,4
Exporte gesamt	10,1	8,6	1,7	3,3	3,7	1,6	-1,2	0,0
Importe insgesamt	13,5	2,2	0,5	3,1	3,6	-2,9	-2,3	0,2
Leistungsbilanzsaldo	0,4	0,5	0,9	1,7	2,6	0,0	-0,2	0,4
Wachstumsbeiträge (importbereinigt)¹	<i>in Prozentpunkten</i>							
Privater Konsum	0,7	1,9	0,1	0,7	0,4	0,6	-0,6	0,0
Öffentlicher Konsum	1,3	0,3	-0,1	0,1	0,1	0,3	-0,2	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	0,1	-0,2	0,2	0,2	-0,1	-0,5	-0,1
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	2,7	2,3	-0,2	0,9	0,7	0,8	-1,3	-0,1
Exporte	1,8	3,2	0,6	0,9	0,9	1,2	-0,2	-0,1
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	0,1	-0,6	0,1	0,0	0,0	-1,0	0,2	0,0
Preise	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,8	8,6	6,5	3,6	2,9	1,6	2,2	0,6
Deflator des privaten Konsums	2,2	8,4	6,3	3,8	3,1	1,6	2,4	0,9
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	1,9	6,7	5,8	4,0	3,6	1,6	1,7	1,1
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	-0,2	1,8	6,8	5,3	2,9	-0,6	1,9	2,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	2,6	4,3	7,1	6,1	3,6	0,6	1,7	2,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde	-1,0	3,6	8,2	6,0	3,4	1,2	3,6	2,5
Importpreise	6,7	12,5	5,5	2,3	2,0	3,2	2,2	0,4
Exportpreise	5,3	8,5	4,0	3,3	3,2	0,9	-0,6	1,4
Terms-of-Trade	-1,3	-3,5	-1,5	1,0	1,2	-1,9	-2,7	1,0
Einkommen und Sparen								
Real verfügbares Haushaltseinkommen	2,0	-2,5	-0,3	4,1	2,0	-2,6	-2,0	2,2
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>							
Sparquote	12,1	5,6	5,2	7,0	7,5	-2,8	-2,7	-0,7
Arbeitsmarkt	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Unselbstständig Beschäftigte	1,9	2,9	0,5	1,0	1,0	0,3	-0,9	0,1
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	5,3	3,6	-0,5	1,1	1,1	-0,4	-2,7	0,0
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>							
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	6,2	4,8	4,9	4,7	4,6	0,3	0,6	0,4
Arbeitslosenquote gemäß AMS	8,0	6,3	6,6	6,5	6,3	0,0	0,6	0,6
Budget								
Budgetsaldo (Maastricht)	-5,9	-2,9	-2,0	-2,2	-2,2	-0,3	-0,8	-1,4
Staatsverschuldung	82,3	77,1	74,4	72,5	71,1	-2,2	-1,5	-0,7

Quelle: Statistik Austria, OeNB-Prognosen vom Juni und Dezember 2022.

¹ Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

Tabelle A-2

Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Bruttoinlandsprodukt					
Welt ohne Euroraum	6,4	3,3	2,6	3,1	3,3
USA	5,9	1,9	0,6	0,9	1,8
China	8,1	3,3	4,3	4,4	4,5
Indien	8,5	7,3	5,4	6,5	6,6
Japan	1,7	1,5	1,4	1,3	1,3
Lateinamerika	6,9	3,5	1,7	2,1	2,4
Vereinigtes Königreich	7,5	4,4	-0,7	0,7	1,0
Neue EU-Mitgliedstaaten ¹	4,8	-4,8	-1,6	2,4	1,8
Schweiz	4,2	2,0	0,8	1,8	1,9
Euroraum ²	5,2	3,4	0,5	1,9	1,8
Welthandel (Importe i. w. S.)					
Welt	11,6	6,1	2,0	3,3	3,3
Welt außerhalb des Euroraums	12,6	5,6	1,9	3,3	3,3
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums	10,5	6,0	1,2	3,0	3,1
Wachstum der österreichischen Exportmärkte	10,1	6,5	2,0	3,4	3,5
Preise					
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	71,1	104,6	86,4	79,7	76,0
Drei-Monats-Zinssatz in %	-0,5	0,4	2,9	2,7	2,5
Langfristiger Zinssatz in %	-0,1	1,7	2,5	2,6	2,7
USD-EUR-Wechselkurs	1,18	1,05	1,03	1,03	1,03
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro	120,8	116,5	117,5	117,5	117,5

Quelle: Eurosystem.

¹ Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

² 2021: Eurostat; 2022 bis 2025: Ergebnis der Dezember-Projektion 2022 des Eurosystems.

Tabelle A-3

Außenhandel

	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Exporte					
Internationale Wettbewerberpreise	7,6	17,0	4,6	2,2	2,0
Exportdeflator	5,3	8,5	4,0	3,3	3,2
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit	2,3	8,5	0,6	-1,1	-1,2
Nachfrage auf öst. Exportmärkten	10,1	5,8	1,2	3,3	3,6
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	10,1	8,6	1,7	3,3	3,7
Marktanteile Österreichs	0,0	2,8	0,5	0,0	0,1
Importe					
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Internationale Wettbewerberpreise	6,6	15,1	5,2	2,3	2,0
Importdeflator	6,7	12,5	5,5	2,3	2,0
Österreichische Importe i. w. S. (real)	13,5	2,2	0,5	3,1	3,6
Terms-of-Trade	-1,3	-3,5	-1,5	1,0	1,2
	in Prozentpunkten des realen BIP				
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	-1,5	3,7	0,7	0,3	0,2
	in % des nominellen BIP				
Exportquote	55,8	58,8	58,4	58,9	59,9
Importquote	55,2	56,6	56,5	56,3	56,6

Quelle: 2021: Statistik Austria, Eurosystem; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

Tabelle A-4

Leistungsbilanz

	2021	2022	2023	2024	2025
	<i>in % des nominellen BIP</i>				
Handelsbilanz	0,5	1,9	2,2	2,9	3,8
Güterbilanz	-0,1	-0,1	0,4	1,2	1,7
Dienstleistungsbilanz	0,6	2,0	1,7	1,6	2,1
Primäreinkommensbilanz ¹	0,4	-0,8	-0,6	-0,6	-0,5
Sekundäreinkommensbilanz ²	-0,6	-0,6	-0,6	-0,7	-0,6
Leistungsbilanz	0,4	0,5	0,9	1,7	2,6

Quelle: 2021: OeNB, Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

¹ Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Arbeitsentgelte, Einkommen aus Vermögensanlagen u. a.)

² Bilanz der laufenden Transfers

Tabelle A-5

Einkommen und Konsum der privaten Haushalte

	2021	2022	2023	2024	2025
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Unselbstständig Beschäftigte	1,9	2,9	0,5	1,0	1,0
Löhne je Beschäftigten	2,6	4,3	7,1	6,1	3,6
Arbeitnehmerentgelt	4,5	7,3	7,7	7,2	4,6
Vermögenseinkommen	36,1	-7,0	4,5	7,3	6,7
Selbstständigeneink. und Betriebsüberschüsse	2,5	9,9	3,8	4,5	4,0
	<i>Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens in Prozentpunkten</i>				
Arbeitnehmerentgelt	4,0	6,5	6,8	6,5	4,1
Vermögenseinkommen	2,4	-0,6	0,3	0,6	0,5
Selbstständigeneink. und Betriebsüberschüsse	0,4	1,6	0,6	0,7	0,6
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern	-2,4	-0,7	-1,4	0,2	0,0
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	4,3	5,8	6,1	8,0	5,1
Konsumdeflator	2,2	8,4	6,3	3,8	3,1
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	2,0	-2,5	-0,3	4,1	2,0
Privater Konsum (real)	3,4	4,6	0,1	2,1	1,4
	<i>in % des</i>				
Sparquote	12,1	5,6	5,2	7,0	7,5

² Bilanz der laufenden Transfers

¹ Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

Tabelle A-6

Investitionen

	2021	2022	2023	2024	2025
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Bruttoanlageinvestitionen (real)	8,8	-2,2	-1,4	1,7	2,0
davon:					
Ausrüstungsinvestitionen	15,7	-8,7	-1,6	2,6	2,2
Wohnbauinvestitionen	5,4	-3,3	-1,5	-2,0	4,0
Tiefbau- und andere Investitionen	6,6	1,1	-3,4	1,2	-0,8
Investitionen in Forschung und Entwicklung	5,2	4,0	1,1	3,7	3,3
Öffentliche Investitionen	8,5	1,6	4,7	3,0	3,1
Private Investitionen	8,8	-2,8	-2,3	1,4	1,8
Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen	<i>in Prozentpunkten</i>				
Ausrüstungsinvestitionen	4,9	-2,9	-0,5	0,8	0,7
Wohnbauinvestitionen	1,0	-0,6	-0,3	-0,4	0,7
Tiefbau- und andere Investitionen	1,7	0,3	-0,9	0,3	-0,2
Investitionen in Forschung und Entwicklung	1,2	0,9	0,3	0,9	0,8
Öffentliche Investitionen	1,1	0,2	0,6	0,4	0,5
Private Investitionen	7,6	-2,4	-2,0	1,2	1,6
Beiträge zum Wachstum des realen BIP	<i>in Prozentpunkten</i>				
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	2,2	-0,6	-0,3	0,4	0,5
Lagerveränderungen	0,7	-0,2	0,1	-0,1	0,0
	<i>in % des nominellen BIP</i>				
Investitionsquote	26,4	24,9	24,5	24,4	24,4

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

Tabelle A-7

Arbeitsmarkt

	2021	2022	2023	2024	2025
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Beschäftigung					
Gesamtbeschäftigung (Personen)	2,0	2,4	0,2	1,0	0,9
Unselbstständig Beschäftigte	1,9	2,9	0,5	1,0	1,0
<i>davon: öffentlich Beschäftigte</i>	0,9	0,5	0,2	0,1	0,0
Selbstständig Beschäftigte	2,9	0,3	-1,7	0,7	0,6
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	4,7	3,0	-0,7	1,0	1,0
Unselbstständig Beschäftigte	5,3	3,6	-0,5	1,1	1,1
Selbstständig Beschäftigte	1,5	2,1	-0,1	0,6	0,5
Arbeitskräfteangebot	2,1	1,1	0,3	0,8	0,8
Vorgemerkte Arbeitslose	3,0	-20,0	2,3	-4,0	-1,8
Arbeitslosenquote	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>				
gemäß Eurostat	6,2	4,8	4,9	4,7	4,6
gemäß AMS	8,0	6,3	6,6	6,5	6,3

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

Tabelle A-8

Arbeitnehmerentgelte

	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttolohnsumme¹					
Nominell	4,5	7,3	7,7	7,2	4,6
Konsumdeflator	2,2	8,4	6,3	3,8	3,1
Real	2,3	-1,1	1,3	3,4	1,5
Kollektivvertragslöhne ¹	1,7	3,1	7,2	5,9	3,6
Lohndrift	0,9	1,2	-0,1	0,2	0,0
Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten					
Brutto ² , nominell	2,6	4,3	7,1	6,1	3,6
Brutto, real	0,3	-3,7	0,7	2,2	0,5
Netto ³ , real	-0,2	-3,0	1,3	3,1	0,7
Arbeitnehmerentgelt je Stunde					
Brutto, nominell	-1,0	3,6	8,2	6,0	3,4
Brutto, real	-3,2	-4,4	1,7	2,1	0,3
	in % des nominellen BIP				
Lohnquote	49,5	47,5	48,1	48,7	48,4

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025:

1 Gesamtwirtschaft. 2 Inkl. Dienstgeberbeiträgen 3 Nach Abzug von Steuern und SV-Beiträgen.

Tabelle A-9

Preise

	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung zum Vorjahr in %				
HVPI und Komponenten					
Gesamtindex	2,8	8,6	6,5	3,6	2,9
Nahrungsmittel	1,1	8,8	8,0	4,5	2,9
Unverarbeitete Nahrungsmittel	2,2	10,2	5,4	x	x
Verarbeitete Nahrungsmittel	0,8	8,5	8,6	x	x
Industriegüter ohne Energie	1,9	5,6	5,3	x	x
Energie	10,8	41,0	9,5	2,6	1,0
Elektrizität	7,0	11,5	-13,5	11,4	1,1
Gas	7,8	81,7	36,4	-7,9	-20,8
Flüssige Brennstoffe	17,8	49,4	-3,7	-4,2	-1,9
Dienstleistungen	2,5	4,6	5,9	x	x
HVPI ohne Energie	2,1	5,7	6,1	3,7	3,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,3	5,0	5,6	3,5	3,1
Deflatoren der VGR					
Deflator des privaten Konsums	2,2	8,4	6,3	3,8	3,1
Investitionsdeflator	3,7	7,8	6,1	3,8	3,1
Importdeflator	6,7	12,5	5,5	2,3	2,0
Exportdeflator	5,3	8,5	4,0	3,3	3,2
Terms-of-Trade	-1,3	-3,5	-1,5	1,0	1,2
BIP-Deflator zu Faktorkosten	2,2	6,3	5,7	4,0	3,7

Quelle: 2021: Statistik Austria; 2022 bis 2025: OeNB-Prognose vom Dezember 2022.

Aufteilung der Prognoserevisionen

	BIP			HVPI		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %					
Prognose vom Dezember 2022	4,9	0,6	1,7	8,6	6,5	3,6
Prognose vom Juni 2022	3,8	1,9	1,9	7,0	4,2	3,0
Differenz	1,1	-1,4	-0,2	1,6	2,2	0,6
	in Prozentpunkten					
Verursacht durch:						
Externe Annahmen	-0,1	-0,9	0,1	0,2	1,2	0,1
Neue Daten ¹	1,2	0,5	0,0	1,4	0,0	0,0
davon: Revision historischer Daten bis Q1 22	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Prognosefehler für Q2 und Q3 22	1,6	0,5	0,0	1,4	0,0	0,0
Sonstiges ²	0,0	-1,0	-0,2	0,0	1,1	0,5

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2022 und Juni 2022. Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann die Summe der Wachstumsbeiträge aus den einzelnen Revisionen von der Gesamtrevision abweichen.

¹ „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum

² Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

Tabelle A-11

Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

	OeNB				WIFO			IHS			OECD			IWF		EU-Kommission			
	Dezember 2022				Dezember 2022			Dezember 2022			November 2022			Okt. 2022		November 2022			
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2024	
	Veränderung zum Vorjahr in %																		
Hauptergebnisse																			
BIP (real)	4,9	0,6	1,7	1,6	4,7	0,3	1,8	4,8	0,4	1,2	4,5	0,1	1,2	4,7	1,0	4,6	0,3	1,1	
Privater Konsum (real)	4,6	0,1	2,1	1,4	3,8	1,3	1,7	4,4	0,6	1,8	3,8	0,7	1,9	x	x	4,2	-0,5	1,2	
Öffentlicher Konsum (real)	1,1	-0,5	0,4	0,7	2,0	1,0	0,6	2,3	-1,3	-0,7	-1,3	-3,5	-0,3	x	x	2,4	0,6	1,0	
Bruttoanlageinvestitionen (real)	-2,2	-1,4	1,7	2,0	-1,0	0,2	2,2	-2,5	0,7	2,0	-0,5	1,0	1,4	x	x	-0,6	1,2	1,6	
Exporte (real)	8,6	1,7	3,3	3,7	8,8	0,3	3,3	9,0	1,8	2,9	13,6	2,3	4,8	13,3	2,0	10,5	1,4	1,0	
Importe (real)	2,2	0,5	3,1	3,6	5,1	0,9	3,2	3,9	1,7	3,6	7,5	1,4	3,8	10,3	3,7	6,7	1,2	1,1	
Arbeitsproduktivität ¹	2,4	0,4	0,7	0,6	0,8	-0,9	0,9	1,8	0,1	0,4	1,0	1,0	1,0	x	x	2,1	-0,3	0,5	
BIP-Deflator	6,7	5,8	4,0	3,6	5,0	5,2	3,9	4,7	5,6	3,0	4,3	6,0	3,0	4,9	3,1	6,1	5,8	3,7	
VPI	x	x	x	x	8,5	6,5	3,2	8,5	6,7	3,5	x	x	x	x	x	x	x	x	
HVPI	8,6	6,5	3,6	2,9	8,6	6,6	3,0	8,5	6,7	3,5	8,5	6,7	3,6	7,7	5,1	8,7	6,7	3,3	
Lohnstückkosten	1,8	6,8	5,3	2,9	2,1	8,3	6,2	2,7	7,4	3,8	1,2	1,3	1,3	x	x	2,1	6,9	4,4	
Beschäftigte ²	2,4	0,2	1,0	0,9	2,9	0,7	1,3	2,9	0,3	0,8	2,4	0,8	1,0	2,4	0,4	2,5	0,6	0,6	
	in % des Arbeitskräfteangebots																		
Arbeitslosenquote ³ gemäß Eurostat	4,8	4,9	4,7	4,6	4,6	4,7	4,5	4,8	4,9	4,9	4,9	5,1	5,2	4,5	4,6	5,0	5,2	5,3	
	in % des nominellen BIP																		
Leistungsbilanz	0,5	0,9	1,7	2,6	0,0	-0,4	0,2	x	x	x	0,7	1,0	1,8	-2,6	-2,1	0,2	0,0	-0,1	
Budgetsaldo (Maastricht)	-2,9	-2,0	-2,2	-2,2	-3,3	-2,0	-1,6	-3,3	-2,7	-2,1	-3,5	-2,7	-2,0	-2,7	-1,6	-3,4	-2,8	-1,9	
Prognoseannahmen																			
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	###	86,4	79,7	76,0	99,0	83,0	79,0	101,0	84,0	79,0	102,6	95,0	95,0	98,2	85,5	101,8	85,0	78,0	
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,4	2,9	2,7	2,5	0,4	4,0	4,7	0,3	3,2	3,4	0,5	3,8	3,9	-0,2	0,8	0,2	3,1	3,0	
USD/EUR-Wechselkurs	1,05	1,03	1,03	1,03	1,04	1,01	1,12	1,05	1,05	1,05	1,04	0,98	0,98	1,06	1,03	1,04	0,98	0,98	
	Veränderung zum Vorjahr in %																		
BIP real, Euroraum	3,4	0,5	1,9	1,8	3,4	0,6	1,7	3,3	0,5	1,4	3,3	0,5	1,4	3,1	0,5	3,2	0,3	1,5	
BIP real, USA	1,9	0,6	0,9	1,8	1,9	0,9	1,5	1,8	0,7	1,3	1,8	0,5	1,0	1,6	1,0	1,8	0,7	1,7	
BIP real, Welt	3,3	2,3	2,9	3,1	x	x	x	3,1	2,2	2,8	3,1	2,2	2,7	3,2	2,7	3,1	2,5	3,1	
Welthandel ³	6,1	2,0	3,3	3,3	x	x	x	4,0	1,7	4,0	5,4	2,9	3,8	4,3	2,5	5,4	2,3	3,6	

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission. Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

¹ OeNB, WIFO: BIP je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: BIP je Beschäftigtem.

² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

³ IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.

Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2022				2023				2024				2025							
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4				
Veränderung zum Vorjahr in %																				
Preise, Löhne, Kosten																				
HVPI	8,6	6,5	3,6	2,9	5,5	7,9	9,9	11,0	9,4	7,4	5,3	4,0	3,8	3,6	3,7	3,4	3,3	3,1	2,8	2,5
HVPI ohne Energie	5,7	6,1	3,7	3,1	3,5	5,2	6,5	7,6	7,6	6,6	5,5	4,7	3,9	3,8	3,7	3,5	3,4	3,1	3,1	2,9
Deflator des privaten Konsums	8,4	6,3	3,8	3,1	5,4	7,4	9,3	11,6	9,4	7,3	5,3	3,6	3,7	3,8	3,9	3,7	3,4	3,2	3,0	2,9
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	7,8	6,1	3,8	3,1	6,8	7,7	8,3	8,3	7,6	6,2	5,6	5,2	4,5	4,0	3,5	3,3	3,4	3,2	3,1	2,8
BIP-Deflator	6,7	5,8	4,0	3,6	3,4	4,0	7,7	11,7	9,2	8,5	4,6	1,6	4,0	4,0	4,4	4,6	4,1	3,7	3,4	3,1
Lohnstückkosten	1,8	6,8	5,3	2,9	1,2	1,8	3,9	0,6	3,6	6,1	7,4	9,9	7,5	5,9	4,5	3,6	3,4	3,1	2,9	2,5
Löhne pro Beschäftigten, nominal	4,3	7,1	6,1	3,6	4,9	5,0	4,3	3,2	5,2	6,1	7,5	9,6	8,1	6,7	5,3	4,4	3,9	3,6	3,5	3,4
Produktivität	2,4	0,4	0,7	0,6	3,7	3,2	0,4	2,5	1,6	0,0	0,1	-0,2	0,6	0,8	0,8	0,8	0,5	0,5	0,6	0,9
Löhne pro Beschäftigten, real	-3,7	0,7	2,2	0,5	-0,4	-2,2	-4,6	-7,5	-3,8	-1,1	2,1	5,8	4,2	2,7	1,4	0,7	0,5	0,4	0,5	0,5
Importdeflator	12,5	5,5	2,3	2,0	11,7	13,5	12,9	11,9	8,0	5,0	4,8	4,3	3,0	2,2	1,9	2,1	2,3	2,3	2,0	1,5
Exportdeflator	8,5	4,0	3,3	3,2	7,9	8,9	8,5	8,7	5,2	3,6	3,6	3,5	3,4	3,2	3,3	3,4	3,5	3,4	3,2	2,8
Terms-of-Trade	-3,5	-1,5	1,0	1,2	-3,4	-4,0	-3,9	-2,8	-2,5	-1,4	-1,2	-0,8	0,3	1,0	1,3	1,3	1,2	1,1	1,1	1,3
Wirtschaftliche Aktivität																				
BIP	4,9	0,6	1,7	1,6	1,2	1,9	0,2	-0,2	-0,3	0,2	0,3	0,4	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5
Privater Konsum	4,6	0,1	2,1	1,4	3,4	-0,7	-0,3	0,0	0,1	0,2	0,2	0,5	0,7	0,6	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,1
Öffentlicher Konsum	1,1	-0,5	0,4	0,7	-1,8	1,8	0,1	-5,4	1,9	1,1	0,8	0,2	-0,2	-0,4	0,0	0,0	0,4	0,3	0,1	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-2,2	-1,4	1,7	2,0	1,6	-2,1	-3,5	1,1	0,1	0,0	0,0	0,3	0,7	0,5	0,6	0,5	0,4	0,5	0,6	0,6
Exporte	8,6	1,7	3,3	3,7	0,4	3,4	-1,6	-0,1	0,4	0,9	1,0	0,8	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	0,9	0,8	0,8
Importe	2,2	0,5	3,1	3,6	1,3	-0,5	-4,6	-0,8	2,0	1,1	1,0	0,9	0,4	0,7	0,9	1,1	1,1	0,8	0,7	0,5
Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten																				
Inlandsnachfrage	2,3	-0,2	0,9	0,7	1,1	0,3	0,1	-0,6	0,0	0,1	0,1	0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
Nettoexporte	3,2	0,6	0,9	0,9	0,1	1,6	0,2	0,2	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Lagerveränderungen	-0,6	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,3	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Arbeitsmarkt																				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	4,8	4,9	4,7	4,6	4,6	4,4	5,0	5,2	5,1	5,0	4,8	4,7	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6	4,6	4,5
Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %																				
Gesamtbeschäftigung	2,4	0,2	1,0	0,9	0,8	0,4	0,2	-0,6	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
davon: Privater Sektor	2,8	0,2	1,2	1,1	0,9	0,4	0,2	-0,7	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,1
Unselbstständig Beschäftigte	2,9	0,5	1,0	1,0	0,8	0,4	0,2	0,3	0,0	0,0	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1
Zusätzliche Variablen																				
Verfügbares Haushaltseinkommen	-2,5	-0,3	4,1	2,0	-2,0	-4,7	3,7	-0,1	-2,7	1,5	1,2	0,7	0,9	1,1	1,1	1,0	0,3	0,1	0,1	0,0
in % des realen BIP	0,3	-0,5	-0,2	-0,1	-0,6	0,9	0,7	0,2	-0,4	-0,5	-0,6	-0,6	-0,4	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1	0,1

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2022. Quartalswerte saison- und arbeitstägig bereinigt.